

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Braunschweigstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Nr. 270 Bezugspreis: Monatlich 1,75 Mk. incl. Post. Bei Abnahme 3 bis 6 Monate 5,25 Mk., ohne Postgeb. Halle, Montag, den 24. November 1919 Anzeigenpreis: Die 8spaltige Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. - Einschlag der Anzeigen-Nachnahme vormittags 10 Uhr. - 3. Jahrgang.

Amerikas Ablehnung des Friedensvertrages.

Der Rücktritt Amerikas vom Friedensvertrag von Versailles, der jetzt feststehen scheint, ist ein Weltereignis von größter, schwer abzusätzender Bedeutung. Als vorläufiges Ergebnis kann man verzeichnen, daß an den tatsächlichen Machtverhältnissen in Europa dadurch zunächst und wahrscheinlich für absehbare Zeit nichts geändert wird, daß aber der Friedensvertrag eine schwere moralische Erschütterung erfahren hat.

Der Rücktritt Amerikas macht neue Verhandlungen notwendig: 1. zwischen Deutschland einerseits und der Entente ohne Amerika andererseits und 2. zwischen Deutschland und Amerika. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Entente haben in Paris bereits begonnen, es wird sich in ihnen darum handeln, auf welche Weise die Lücke im Friedensvertrag ausgefüllt werden soll, die durch den Rücktritt Amerikas entstanden ist. In den verschiedenen Entente-Kommissionen, denen eine ungeheure, fast diktatorische Gewalt

in Deutschland zugestanden worden ist, sollte Amerika Sitz und Stimme haben. Rechtlich kann es natürlich nicht die Sache der Entente sein, von sich aus zu bestimmen, welche Macht anstelle Amerikas in die Kommissionen einzurücken hat, denn rechtlich ist ja der Frieden von Versailles ein Vertrag, d. h. eine Uebereinkunft zwischen zwei in ihrem Willen freien Parteien, und danach sollte man annehmen, daß die Besetzung der freigewordenen Plätze in den Kommissionen nur der Gegenstand einer beiderseitigen Vereinbarung sein könnte. Tatsächlich liegen aber die Dinge so, daß die Entente, wenn sie einzig bleibt, auch ohne Amerika eben ihr passend erscheinenden Beschluß über die Umbesetzung der Kommissionen fassen kann und daß Deutschland hier nichts anderes übrig bleibt, als sich zu fügen. Würde Deutschland unter Geltendmachung des reinen Rechtsstandpunktes auf einer Umbesetzung der Kommissionen auf dem Wege einer wirklichen Vereinbarung bestehen, so könnte die Entente als Kompensation für diese Forderung, des Vertrages andere Änderungen zum Schaden Deutschlands verlangen, Deutschland hätte aber nicht die Möglichkeit, sich diesen neuen Forderungen zu widersetzen. Daher erscheint es als recht optimistisch, wenn z. B. das „Berliner Tageblatt“ meint, es würde sich bei den neuen Verhandlungen in Paris

etwas für Deutschland herausschlagen lassen, wie die beiseitige Jurisdiktion der deutschen Friedensangelegenheiten aus Frankreich oder eine Milderung der Schadenersatzforderungen für die Versenkung der Schiffe der Scapa Flot.

Solche Möglichkeiten würden sich nur dann ergeben, wenn das Beispiel Amerikas auf den Rest der Entente ausstrahlend wirken sollte und wenn ihre Eingetrigkeit in die Hände ginge. Solange aber die Entente in ihrem europäischen Bestande zusammenhält, solange insbesondere das Einvernehmen zwischen England und Frankreich gewahrt bleibt, wird Deutschland aus der unglücklichen Rolle des bloß Leidenden und gedrückten Minderen nicht, in die es durch seine Niederlage gestossen worden ist, nicht herauskommen können.

Auf der anderen Seite ergibt sich die Notwendigkeit neuer Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika. Man wird da kaum befürchten müssen, daß Amerika mit neuen Forderungen an Deutschland hervortreten wird, denn man weiß wohl auch jenseits des großen Teiles, daß, wo nichts mehr ist, auch Amerika kein Recht verliert hat. Immerhin wird es notwendig sein, neue wirtschaftliche Vereinbarungen zu treffen und die politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten,

die nun beide nicht dem Völkerbund angehörend werden, auf eine neue Grundlage zu stellen. Das kann für Deutschland unter Umständen eine gewisse Erleichterung seiner Lage bedeuten, wenngleich nicht übersehen werden darf, daß der Rücktritt Amerikas vom Friedensvertrage keineswegs eine Sympathie für Deutschland erfolgt ist.

Entscheidend war für Amerika die Stellung, die der Friedensvertrag den Japanern in Schantung gewährt, und die unzureichende Konstitution des Völkerbundes, in dem das englische Weltreich über sechs Stimmen, die Vereinigten Staaten aber nur über eine Stimme verfügen sollten. Entscheidend war der Gesichtspunkt, daß mit dem Eintritt Amerikas in den Völkerbund die Monroe-Doktrin, der Grundlag, daß sich Europa in die inneren Verhältnisse des amerikanischen Weltteils nicht

einmischen dürfe, erledigt ist. Ein Teil der öffentlichen Meinung Amerikas hat in dieser Art von Völkerbund einen Versuch des englischen Imperiums

gesehen, seinen weltumspannenden Einfluß auch auf den amerikanischen Kontinent auszuüben. Große amerikanische Zeitungen führten in der letzten Zeit gegen England eine Sprache, wie wir sie von unseren Altkontinenten zu hören gewohnt sind. Die von Anfang an falsche Lehre von der unerbittlichen anglo-amerikanischen Interessengemeinschaft wird dadurch aufs gründlichste widerlegt.

Die Verhältnisse sind noch viele auf deutscher Seite reifertigeren können. Vereinfachter Optimismus könnte den allergrößten Schaden bringen. Nur für eine fernere Zukunft entnehmen wir aus dieser neuen geschichtlichen Wendung die tröstliche Gewißheit, daß die Erde rund ist und sich weiter drehen muß. Die Unterzeichnung des Dokumentes von Versailles hat die weltgeschichtliche Entwicklung nicht zur Errückung gebracht, was dort erledigt wurde, ist nicht für die Ewigkeit gebaut. Noch ehe dies neue Haus bezogen wurde, ist ein Hauptteil seines tragenden Gerüsts zusammengebrochen, und im aufgeworbenen Staub sehen wir die Zimmerleute der Diplomaten herbeistellen, um einen neuen Holzgerüst auf zu schaffen. Wie sind dabei freilich noch nicht viel mehr als Zuschauer, aber wir dürfen uns fragen: Wie lange noch?

Der Kampf um das Betriebsrätegesetz.

W.B. Berlin, 22. November. Der sozialpolitische Ausschuß der Nationalversammlung ist in der Beratung des Betriebsrätegesetzes heute bei Artikel 34, der die Aufsicht über die Betriebe regelt, angelangt. Darin ist unter anderem vorgelesen, daß bei Betrieben mit Aufsichtsräten zwei Mitglieder des Betriebsrates im Aufsichtsrat mit gleichen Rechten und Pflichten Sitz und Stimme haben sollen. Diese Bestimmung erscheint den sozialdemokratischen Parteien als zu weitgehend, während der Sprecher der Sozialdemokraten erklärte, die Ablehnung dieser Bestimmung habe seine Partei kein Interesse mehr am ganzen Gesetze. Auf Vorschlag des Zentrumsvorsetzers wurde die Weiterberatung vertagt, um eine Entscheidung hierüber unter der Regierungsparteien herbeizuführen.

Wie verschiedene Blätter melden, hätten die Sozialdemokraten erklärt, in der Frage der Teilnahme der Arbeiter an Aufsichtsrat keine Zugeständnisse machen zu können. Das Zentrum werde sich heute mit dieser Frage beschäftigen. Man glaubt, daß es sich für die Auffassung der Sozialdemokraten entscheiden werde. Die Haltung der Demokraten ist unklar.

Nach einer Korrespondenz hat die Regierung der Mehrheitsparteien mitgeteilt, daß sie das Betriebsrätegesetz noch vor Weihnachten unter Dach und Fach bringen.

Das deutsche Vieh für die Entente.

Der Ausschuß der Nationalversammlung zur Ausführung des Friedensvertrages beschäftigte sich mit dem Entwurf einer Bekanntmachung über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages. In der Generaldebatte traten alle Parteien dafür ein, daß die angeforderten Viehwegen zunächst im Wege des freien Kaufes zu erwerben seien und nur im Notfall eine Zwangsenteignung stattfinden solle. Mitgeteilt wurde, daß neben den von Frankreich eingehenden geringfügigen Milderungen Belgien weitergehende Zugeständnisse gewährt habe. Die Beratungen werden am Montag fortgesetzt.

Immer neue Verhandlungen für die Gefangenen.

Berlin, den 22. November. W.B. meldet: Die deutsche Friedensdelegation ist erneut unter Hinweis auf die Volkskommissionen und die Worte des Herrn Reichskanzlers beim Generalsekretär der Friedenskonferenz, Herrn Wolfharter Dankska, wegen sofortigen Beginnens der Gefangeneneinlösung vorstellig geworden.

Winkelt zum Generalkrieg in Frankreich?

W.B. Paris, 22. November. (Drahtnachricht.) (Savoy.) Der Vollzugsrat der Vereinigung der Gewerkschaften des Seine-Departements richtete an den Zentralvorstand ein Schreiben, das sich auf die Abstimmung vom 7. November hinsichtlich des Generalkriegs bezieht. Darin wird die überströmte Art und Weise, mit der der Beschluß vom 8. November gefaßt wurde, getadelt. Der Vollzugsrat sieht die Idee des Generalkriegs frei, indem er seine ganze revolutionäre Macht erhalten müsse. Da der Zentralvorstand die Erklärung des Bureau über den Sinn der beschlossenen Aktion entgegen hat, seien der Vollzugsrat und das Bureau ihre Demission zurück.

Die „Sieger“ in Straßburg. Voltaire, Koch, Petain und Joffre waren in Straßburg, hielten eine Kundgebung und ein Bankett ab und feierten die Rückkehr Elsch-Verbringens zu Frankreich.

Agarische Kampfanlage.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat an den Reichswirtschaftsminister eine Rundgebung gerichtet, die die Stellung der landwirtschaftlichen Interessentenverbände und der Landwirtschaftskammern zu der Zwangswirtschaft zusammenfassend darstellt. Käst man das zum großen Teil recht überflüssige Drum und Dran, die Drohung mit dem Zwangswirtschaft, die wilden agitatorischen Redensarten und die Hinmangeln außer Betracht, so bleiben eine Reihe von Forderungen übrig, die eine ernsthafte Erwiderung verdienen.

Die Landwirtschaft fordert anstelle der heutigen Zwangswirtschaft die Versicherungspflicht auf Grund der tatsächlichen Leistungsfähigkeit, und zwar in der Weise, daß nur noch Brotgetreide und allenfalls Milch und Molkeerzeugnisse der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen sollen. Diese ist für Fleisch sofort aufzuheben; die Aufhebung der Zuckerbewirtschaftung ist von der Regierung für das nächste Entensjahr zu garantieren. Brotgetreide soll durch erhöhte Zugeständnisse an den Eigenbedarf der Landwirte und ihre Familien in der Bewirtschaftung freier gestaltet, eine möglichst hohe Milderung durch steigende Lieferungsquoten für erhöhte Leistungen erzielt werden. Die Beschlagnahme der Gerste ist auf das unbedingt Nötige zu beschränken. Die Kartoffelbewirtschaftung ist ebenfalls bis zum nächsten Entensjahr abzubauen.

So die Landwirte. Bei Erfüllung ihrer Forderungen versprechen sie ihrerseits, die Regierung zu unterstützen, im Falle der Ablehnung verzichten sie auf jede Verantwortung für das Schicksal unserer Volksernährung und auf jede Milderung bei der Durchführung der letzten Maßnahmen. Das ist eine klare Kampfanlage, die nicht nur deshalb beifolgend wirkt, weil sie seit drei Jahren zum Renouveau jedes agrarischen Marktstreters gehört und deshalb nur die naive Frage ins öffentliche zieht, sondern auch deshalb, weil von einer Verantwortung die Rede ist, von der das Volk wenig gepörrt ist. Jedes Wort Fleisch, das im Schleichhandel erscheint, jede Kartoffel, die ohne Marke erhältlich ist, ist nur ein Beweis dafür, daß es den Landwirten eben bis heute an dem Geschäft der Verantwortung gegenüber dem Volksganzen gefehlt hat, und daß ihre Verbordnungen nicht einen Pfifferling wert ist.

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe
bringen jährlich 50 Mark Sparzinsen, außerdem Bonus und Gewinne

Die deutsche Bilanz.

Das Griffieren von Bilanzen ist eine bei Steuergelehrten sehr beliebte Methode, um möglichst wenig verlangt zu werden. Man wird der Deutschen Gesetzgebung nicht unrecht tun, wenn man annimmt, daß auch ihren Lesern diese Kunst nicht fremd ist. Jedenfalls besitzt das führende Organ des Finanzparlamentarismus in Deutschland die politische Bilanz des letzten Jahres gründlich zu kritisieren oder — auf ein deutsches — zu verurteilen.

Das Blatt nimmt die Bilanz der Resolutionen (Artikel) frei. Es ist ein sehr wertvolles Instrument, wenn gerade zu einer Zeit, da in Deutschland eine internationale Hunger-Verarmungsperiode zusammenzutreten ist, da die Ernährungsministerien aller Kulturländer darüber sinnen, wie sie ihren Bürgern die nötigen Lebensmittel beschaffen können, wenn just in dieser Zeit die Deutsche Tageszeitung behauptet, die in Deutschland bestehende Ernährungsschwierigkeit sei durch die Revolution verschuldet worden. Wer hat denn in England und Frankreich, in Belgien und in allen anderen europäischen Staaten, in denen es doch keine Revolution gab, den Lebensmittelmangel verschuldet?

Wenn sich in Deutschland dieser Mangel stärker als anderwärts bemerkbar macht, so liegt der Grund in der verzögerten Produktion. Gewiß ist die Produktion der Bevölkerung gekürzt. Doch hat diese Bekämpfung die Erzeugung in einer mehrjährigen Unterbrechung der nicht landwirtschaftlichen Produktion bewirkt. In der Landwirtschaft ist der Ertrag im Vergleich mit dem vorjährigen um ein Drittel gesunken. In der Industrie ist die Produktion um ein Drittel gesunken. In der Landwirtschaft ist der Ertrag im Vergleich mit dem vorjährigen um ein Drittel gesunken. In der Industrie ist die Produktion um ein Drittel gesunken. In der Landwirtschaft ist der Ertrag im Vergleich mit dem vorjährigen um ein Drittel gesunken. In der Industrie ist die Produktion um ein Drittel gesunken.

Die neuen Steuergeetze.

Der Nationalparlament sind in den nächsten Tagen die drei von dem Reichsfinanzminister Erberger in Aussicht gestellten Steuergeetze zu erwarten. Das Reichseinkommensteuergesetz, das Kapitalertragsteuergesetz und das Bundessteuerabzugsgesetz. Die neue Einkommensteuer wird den Reichseinkommensteuern betragen 1000 Mk. Der Reichseinkommensteuern erhöht sich für die erste, zur Auszahlung des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 Mark, für jede weitere um 300 Mk.

Von den Erträgen aus Kapitalvermögen wird eine besondere Kapitalertragsteuer erhoben, die zwischen 10 und 20 Proz. der Kapitalerträge schwankt. Die Einkommensteuer der Kapitalertragsteuer wird mit einer Geldstrafe von Einhalb bis zum Zwanzigfachen der hinterzogenen Steuer bestraft. Daneben kann auf Gefängnis erkannt werden.

Das dritte Gesetz ordnet die Steuerordnungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Neue Steuerordnungen letzterer bedürfen der Genehmigung.

Bericht auf Fremdbill.

Dreier Deutsche nationale haben Herrn Helfferich telegraphisch 900 Mk. angewiesen, um die bisher verhängten Strafen zu decken und die nachfolgenden. — Herr Helfferich wird von seinen Parteifreunden richtig eingeschätzt. Sie wissen, daß ein Mann eines kalten Blutes sich mit zwei Unverhältnissen nicht begnügen kann und die drei oder guten Dinge mindestens tun magen wird. Doch fürchten wir, daß um 900 Mk. nicht reichen werden und halten nach dem bisherigen Auftreten Helfferichs weitere Geldsammlungen großen Stils unter den Deutschen nationalen für dringend geraten.

Vom Angestelltenausschuß der Firma A. Wert. ein erhält der „Vorwärts“ ein Schreiben, das eine scharfe Verurteilung gegen die Ausübung eines Reichsbankens auf einer unserer Sonntagsobernehmungen enthält, der von Helfferich gesagt hätte, er mache den Eindruck eines Rayonchens von Berlin, der höchste Richter haben. Die Rayonchens der Firma Wert. ist ein Protestieren gegen die Reichsbank mit Helfferichs Beistand und erklären, daß jeder einzelne von ihnen ein besseres Benehmen an den Tag gelegt hätte als Herr Helfferich. Außerdem wären sie bei ihren Einkommensverhältnissen nicht in der Lage, bei zweimaliger Verurteilung zu einer Geldstrafe von 800 Mk. mit der unangenehmen Geste des Herrn Helfferich nach der Briefliste zu greifen. — Wir nehmen diesen Protest gern zur Kenntnis.

Kurze Notizen.

Einstellung der mündlichen Verhandlungen des Untergerichts. In der Deutschen Allgemeinen Zeitung" schreibt der Vorsitzende des Gesamtvereins, der Demokrat Peteren, eine weitere mündliche Vernehmung sei nicht mehr notwendig. Die Verhandlungen der vernommenen Personen haben eine weitläufige Klärung gebracht, die durch umfassendes gründliches Studium vervollständigt werden kann. Reichswehr gegen unerbittliche Bayern. Aus Braunschweig wird gemeldet: Der Reichswehr

schreibt hat das Landratsamt Klagen, da die Reichswehrlieferung im Kreis mehr als zu wünschen übrig läßt, angewiesen, sich in Zukunft der Wichtigkeit der Reichswehr bei der Aufbringung der noch fehlenden Reichswehrrationen zu bedienen. Eine gleiche Anweisung erließ auch die Provinziallandratsstelle.

Die deutsche Delegation für Washington ist am Freitagabend nach Berlin zurückgekehrt. Die in den Berliner Blättern erschienene Meldung über eine neue Konferenz in Washington am 1. Dezember ist unrichtig.

Unter Kaiserlicher Verleumdung „Freie Presse“ ist auf Veranlassung der Regierung wegen eines Artikels „Kriegsgefangene heraus“ am 20. Tage verboten.

Einführige Dienstpflicht in Italien. Das Gesetz über die Neuorganisation der Armee soll nächsten verabschiedet werden. Es schreibt die allgemeine einjährige Dienstpflicht vor, die bei fast allen Truppen auf acht Monate herabgesetzt werden kann. Besondere Herabsetzung bei außerordentlichen Familienverhältnissen ist zulässig.

Die Reichsabgabenordnung in der Nationalparlament.

Berlin, 22. November, 116. Sitzung.

Herrn Achen (Ztr.) wird zum Schriftführer anstelle des Herrn Volz gewählt.

Zweite Beratung des Entwurfs einer Reichsabgabenordnung.

Über die Paragraphen 1—7 wird eine allgemeine Aussprache eröffnet.

Herrn Hofmann (Dem.): Die Reichsabgabenordnung ist ein sehr schärfes Instrument.

Wir sind der Regierung soweit als möglich entgegengekommen, um dem Reiche eine gebührende und wirtschaftliche Erleichterung zu ermöglichen. Die drakonischen Strafen der Abgabenordnung werden nichts helfen, wenn nicht das deutsche Volk Selbsthilfe leistet.

Herrn Burke (Ztr.): Die Umlegung der Steuerpflicht wird im Paragraphen 5 des Gesetzes nach den Befürchtungen des Ausschusses auf umfährliche und wirkungslos behindert. Demen, die geschäftig genug sind, durch die Maßgaben des Steuergesetzes zu schließen, dürfen nicht noch Vorteile zugewandt werden von den ehrsüchtigen Steuergelehrten. Meine Fraktion ist gewillt, sich an den Boden des Gesetzes zu halten, wie es aus den Ausführungen hervorgeht.

Herrn Alton-Schwaben (Soz.): Dem Reiche muß eine einheitliche Steuerorganisation, eine einheitliche Steuerverwaltung zuteil werden. Wir sind für den Einheitsstaat, wollen aber keine Expropriation. An der Zentralstelle müssen tüchtige Steuerleute aus allen deutschen Ländern sitzen. In der einzelnen Finanzämtern aber Beamte, die aus den betreffenden Einzelländern hervorgegangen sind. Das einheitliche Steuerrecht wird zur Einziehung unseres Volkes führen.

Herrn Dr. Düringer (Dn.): Der Entwurf geht über die Bestimmungen der Verfassung hinweg, was nicht gut ist. Was hat Artikel 84 der Verfassung nach für einen Sinn, wenn dieses Gesetz alle Steuerbefreiungen in die Hände des Reiches legt. Der Gegenstand ist verfassungswidrig. Das Gesetz bricht den Ländern das finanzielle Rückgrat.

Reichsminister Erberger: Die große Erbschaftsteuer des Klotopfer hat fertiggestellt. Die Reichssteuerverwaltung wird eine gute Tat für das deutsche Volk sein. Der vorliegende Entwurf ist keine Verfassungsänderung. Da die Gebührende Gebrauch macht von der Freiheit des Artikels 14 der Verfassung, und eine reichsweite Steuerverwaltung geschaffen hat, so hat Artikel 84 allerdings jetzt keine Bedeutung. Das Gesetz kann mit einfacher Majorität durchgebracht werden. Der Reichstag hat die Verantwortung des Gesetzes, diese sind aber befristet worden. Ein Kaufhandel hat nicht stattgefunden.

Es war von Anfang an mein Wunsch, den Landesfinanzministern die Verwaltung der Landesfinanzämter vorläufig zu übertragen. Die Gehaltsfrage ist noch nicht endgültig geregelt. Doppelt Gehalt wird keinesfalls gezahlt werden.

Herrn Kempter (D. V.): Die Latsche bleibt bestehen. Das die Wirkung des Reiches zu beschleunigen Zeit, während, als ein einziger Finanzminister zu Präsidenten der Finanzen ernannt wurden. Meine Partei wünscht die Einführung des Grundgesetzes in den Entwurf, daß es nicht durch ein Verbot zu verhindern ist.

Herrn Kempter (D. V.): Dem Paragraphen 5 stehen wir sehr kritisch gegenüber und beantragen Änderung. Herr Kempter (Soz.) begrüßt es, daß die Tendenz des Entwurfs einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Reichseinheit tut. Paragraph 5 scheint uns eine der wichtigsten und wertvollsten Bestimmungen des Entwurfs zu enthalten und keiner Änderung zu bedürfen.

Herrn Dr. Schwib (D. M.): Der Entwurf war für ein Einmal darin doch Schieber und Steuerhinterzieher scharf erlöst werden müßten, und Paragraph 4 genügt dafür. Wir beantragen, den Paragraphen 5 zu streichen.

Herrn Dr. Wirth (Ztr.): Die Personalien zwischen Landesfinanzministern und Präsidenten des Landesfinanzamtes ist für die ländlichen Länder durchaus notwendig und nützlich. Die Vereinfachung des Reichssteuerrechts ist ein großer Erfolg. Diese Reichsabgabenordnung läßt eine Dezentralisation durchaus zu.

Herrn Hagenberg (D. V.): Wir stimmen gegen den Paragraphen 5.

Herrn Dr. Cohn (M. S.): Wir vertreten nicht, daß der Entwurf ein wesentlicher Schritt zum Einheitsstaat ist. Aber nur eine planmäßige lokalökonomische Wirksamkeit kann uns retten. Ein Marktstaat auf dem Wege dazu ist vielleicht dieser Entwurf.

Reichsminister Erberger: Die Einnahme des Reiches entzweit sich in günstiger Weise. Wir dürfen mit einer Mehrerhebung gegenüber dem Voranschlag von einer Milliarde rechnen. Ich bitte, dem Paragraphen 5 zuzustimmen zu wollen. Wir müssen gegen die Steuerhinterzieher und die Kapitalflucht alle möglichen Mittel ergreifen. Die Abreise dieses Mittels werden übertrieben. Wir brauchen eine solche Bestimmung, weil die Besprechung sich nicht ohne weiteres in der von uns allen gewünschten Richtung bewegt und die bestehenden Gesetze diesen Inhalt, die den Steuerhinterzählern nur durch diese Bestimmung verbaut werden können.

Die Paragraphen 1—4 werden angenommen.

Die Abstimmung über Paragraph 5 und die dazu vorliegenden Anträge wird ausgesetzt. Weitere Paragraphen werden angenommen. Zu Paragraph 12. Landesfinanzminister, befristet. Herr Stollen (Soz.) einen Änderungsantrag, wonach die Abgrenzung der Zement durch Reichsgesetz erfolgen soll.

Herrn Dr. Wilmert (Dem.) nimmt aus Gründen der Folgeerscheinung in Bremen dem Antrag zu.

Reichsminister Erberger: Die Verhältnisse in Hamburg und Bremen sind unheilbar. Das bestehende Gesetz hat mich geblendet, meinen Willen dazuzulegen. Hamburg und Bremen müssen zu ihrer alten Höhe hinaufgeführt werden. Ich habe gegen den Antrag keinerlei Bedenken. Wir werden ein solches Gesetz einbringen. Traglich ist nur, daß das Gesetz bis zum 1. April 1920 verabschiedet werden kann. Andernfalls müßten vorläufige Übergangsbestimmungen getroffen werden.

Die Abstimmung wird ausgesetzt. Weitere Paragraphen werden ohne längere Besprechung in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Reichsminister Erberger bemerkt zu Paragraph 14, daß die Zahl der deutschen Beamten nicht vermehrt werden dürfe.

Fortschreibung der Beratung Montag 1 Uhr; vorher Interpellation Arnstadt wegen Ernährungsfragen.

Parteinachrichten.

Die Einigungsfrage.

Die Lebhaftigkeit und Beharrlichkeit, mit der unsere Partei an der Einigungsfrage auszuhalten und zu bestehen hat, ist wieder zu bewundernden Leistungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der sozialistischen Einigung geführt. Demnach soll es in der „Vorwärts“ mit Recht fest, daß seitens der Unabkömmlichen nur ein ganz kleiner Rest der Einigung bereit wäre, der ungenügend aus Kaufkraft und Kapital und nicht mehr leicht beschaffen. Aber noch die Fehler wird die Lage dadurch befestigt, daß die „Freiheit“ der Arbeiter der U. S. V. nach sich die Unabhängigkeit der Nationalparlamentum mit der Krone der Einigung beschließt. Ein formelles Mandat des Reichstages entfällt. Die U. S. V. hat hierauf nicht verzichtet, daß die Krone der Einigung überhaupt nicht erteilt hat.

In der Tat werden wir nicht zu glauben, daß in absehbarer Zeit die Einigung aufhört. Die Kräfte der U. S. V. können sie nicht herbeiführen, selbst wenn sie wollten — dazu haben sie die Kräfte nicht zu sehr an die allein mäßige und allein vernünftige Haltung der Partei anzuheben. Wie indes die soziale Lage, wird auch Sozialisten eine zerstückelte und zerfallene Arbeiterbewegung bedeuten. Und das ist nicht nur ein unvernünftiges Verhängnis der Arbeiter, sondern der alles in allem kommt, unter dem wir leben. Die Einigung kann sich erst dann wieder vollziehen, wenn die deutsche Arbeiterklasse wieder die Möglichkeit hat, mit vernünftigen und geschätzten Mitteln ihre Lebenslage zu verbessern. Gegenwärtig ist das befristet durch den Reichstag nicht möglich. Die Einigung kann sich nicht durch den Reichstag vollziehen lassen. Solange dieser Zustand währt, und die Kräfte der Arbeiterbewegung werden nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Was die Sozialdemokratie angeht, so werden wir nicht mehr als zehnjährige Säule zu tragen sein, solange müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse lumbalischer, anarchoide und bolschewistische Verfallszustand andeuten und eben dadurch die Arbeiterklasse zu schwächen, daß die Hauptkräfte der Arbeiterbewegung sind. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst im Reich der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie werden.

Lebensmittel-Kalender.

250 Gramm Pfefferfleisch. In der laufenden Woche werden bei den Pfefferfleischhändlern am Dienstag für jede Person eines Haushaltes 250 Gramm Pfefferfleisch verabreicht. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelheine mit den Nummern 1 bis 25.000. Die bereits zum Pfefferfleischbesitz angemeldeten Personen entnehmen das Fleisch bei dem Pfefferfleischhändler, bei dem sie zur Kundenliste angemeldet sind. Die übrigen Haushalte müssen einen Pfefferfleischhändler in der Nähe ihrer Wohnung. Die Pfefferfleischhändler sind verpflichtet, in den Schaufenstern bekanntzugeben, welche Nummern in den einzelnen Stunden zum Einkauf zugelassen werden. Bei dem Einkauf ist der Warenbezugsschein Nr. 26 vorzulegen. Die Marke 440 ist für jedes verkauft 1/4 Pfund Fleisch abzugeben. Die abgetragenen Marken sind von den Pfefferfleischhändlern bis zum 27. November an das Stadternährungsamt in üblicher Weise abzugeben. Der Kleinbambelverkaufspreis beträgt 4 Mark für ein Pfund Fleisch.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonzerne (kein Rohfleisch) in der Talamtschule am Dienstag, den 25. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der alten Lebensmittelheine 27.501 bis 28.000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 28.001 bis 28.500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr, sofern der Verkauf noch nicht in Spalte 7 des alten Lebensmittelheines eingetragen worden ist. Für jede Person eines Haushaltes kann 1/4 Pfund vom Preise von 50 Pf. abgehoben werden. Der neue Lebensmittelheine ist vorzulegen. Abgehobenes Geld ist bereitzubehalten.

Städtischer Verkauf von Rind- und Kalbfleisch am Dienstag, den 25. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der alten Lebensmittelheine 27.501 bis

28.000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 28.001 bis 28.500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr, sofern der Verkauf noch nicht in Spalte 7 des alten Lebensmittelheines eingetragen worden ist. Für jede Person eines Haushaltes kann 1/4 Pfund vom Preise von 50 Pf. abgehoben werden. Der neue Lebensmittelheine ist vorzulegen. Abgehobenes Geld ist bereitzubehalten.

Schleiflöden. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 wird der Verkauf der Stadt überbleibende Schleiflöden wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 25. November. Für jede Person eines Haushaltes kann 1/4 Pfund abgehoben werden. Der Verkaufspreis beträgt 2 Mark für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkaufsläden die Schleiflöden einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Rubrikeneintragung der Marke 438 des Warenbezugsscheines Nr. 26. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu bunderten abzugeben, binnen acht Tagen im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoss, Canal links, unter Angabe ihres Kettbestandes einzureichen. Zusenderhandlungen unterliegen der Befristung nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1915.

Städtischer Verkauf von Rindfleisch in der Talamtschule am Dienstag, den 25. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelheine 70.001 bis 70.500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 70.501 bis 71.000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Paket Rindfleisch vom Preise von 25 Pf. abgehoben werden. Der neue Lebensmittelheine ist vorzulegen. Abgehobenes Geld ist bereitzubehalten.

Salle, den 24. November 1919. Der Magistrat.

Ämtliche Bekanntmachungen für Delfisch.

Bestandmachung.
In Abänderung unserer Bestandsmachung vom 1. Oktober 1919 werden von heute ab die Kleinbambelpreise für Rindfleisch wie folgt festgesetzt: Rindfleisch, weiß 1,30 RM. und Rindfleisch, farbig 1,25 RM. für das Pfund.
Delfisch, den 20. November 1919. Der Magistrat.

Städtischer Lebensmittelverkauf.
Butter vom Dienstag, den 25. November ab, 35 Gramm für 30 Pf.
Sollentfleisch: Dienstag, den 25. November, von früh 8 bis 12 Uhr bei Ewald Fischer, Eilenburger Straße, auf Markt Nr. 105 der Lebensmittelheine Nr. 2646 bis 3066 je 1/4 Pfund.
Kartoffeln: 45. Woche, 5 Pfund, das Pfund für 12 Pf. Käse in der Rindfleisch-Verkaufsstelle Nr. 3, Promenade 4, auf Lebensmittelheine Nr. 155 bis 41. Vfm. Dienstag, den 25. November, nachmittags 2-3 Uhr. Nr. 2141-2275, 3-4 Uhr. Nr. 2276 bis 2350, 4-5 Uhr. 2351-2320; Mittwoch, den 26. November, nachmittags 2-3 Uhr. Nr. 2321-2625, 3-4 Uhr. Nr. 2626 bis 2700, 4-5 Uhr. Nr. 2731-2855.
Käse mit Milch für Kinder bis zu 2 Jahren auf Rindermarkt, Markt Nr. 155 in 1 Stück zu 41 Vfm. Dienstag, den 25. November, nachmittags 2-3 Uhr. Nr. 2141-2275, 3-4 Uhr. Nr. 2276 bis 2350, 4-5 Uhr. 2351-2320; Mittwoch, den 26. November, nachmittags 2-3 Uhr. Nr. 2321-2625, 3-4 Uhr. Nr. 2626 bis 2700, 4-5 Uhr. Nr. 2731-2855.
Käse mit Milch für Kinder bis zu 2 Jahren auf Rindermarkt, Markt Nr. 155 in 1 Stück zu 41 Vfm. Dienstag, den 25. November, nachmittags 2-3 Uhr. Nr. 2141-2275, 3-4 Uhr. Nr. 2276 bis 2350, 4-5 Uhr. 2351-2320; Mittwoch, den 26. November, nachmittags 2-3 Uhr. Nr. 2321-2625, 3-4 Uhr. Nr. 2626 bis 2700, 4-5 Uhr. Nr. 2731-2855.

Bekanntmachung.
Der Deutsche Meister für Volkshochschulwesen hat am 22. November 1919 auf Grund des § 5a der Ministerialverordnung vom 12. September 1919 (S. 9. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsangelegenheitenverordnung die Magistrate zu folgender Handlung ermächtigt:
1. Klagen auf Kündigung der Wohnung zu dürfen nur mit Zustimmung des Mietelienkassensamtes angebracht werden.
2. Ohne Erlaubnis des Wohnungsamtes dürfen Wohnräume nicht durch Fremde ansetzen angeboten oder geachtet werden. Dem Vermieter muß die Erlaubnis erst erteilt werden, falls das Wohnungsmietverhältnis nicht zum Erlösche gebracht.
Diese Handlung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.
Bei Zusammenhängungen treten gemäß § 10 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsangelegenheiten vom 23. September 1919 (S. 9. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsangelegenheitenverordnung, den 20. November 1919.
Der Magistrat, Dachs. Müller.

Bekanntmachung.
Städtischer Wohnungsanweisung.
Der bisher im Büro des Haus- und Grundbesitzverwaltungsamtes Nr. 27 hierorts befindliche städtische Wohnungsanweisung ist heute mit dem städtischen Wohnungsamt am Stadthaus, Stadthaus Nr. 10, verbunden.
Unter Bezugnahme auf die Vollzugsverordnung vom 9. September 1918 sowie auf die Magistrateverordnungen vom 3. April und 22. August 1919 werden die Eigentümer von Gebäuden über ihre Verantwortlichkeiten, Inventar- und Schadenersatzverpflichtungen, die sie aus der Veräußerung ihrer Wohnungen, einzelnen Wohnräumen oder sonstigen Wohnräumen verpflichtet sind.
Die Zusammenhängungen treten gemäß § 10 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungsangelegenheiten vom 23. September 1919 (S. 9. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsangelegenheitenverordnung, den 20. November 1919.
Der Magistrat, Dachs. Müller.

Bekanntmachung.
Städtischer Wohnungsanweisung.
Der bisher im Büro des Haus- und Grundbesitzverwaltungsamtes Nr. 27 hierorts befindliche städtische Wohnungsanweisung ist heute mit dem städtischen Wohnungsamt am Stadthaus, Stadthaus Nr. 10, verbunden.
Unter Bezugnahme auf die Vollzugsverordnung vom 9. September 1918 sowie auf die Magistrateverordnungen vom 3. April und 22. August 1919 werden die Eigentümer von Gebäuden über ihre Verantwortlichkeiten, Inventar- und Schadenersatzverpflichtungen, die sie aus der Veräußerung ihrer Wohnungen, einzelnen Wohnräumen oder sonstigen Wohnräumen verpflichtet sind.
Die Zusammenhängungen treten gemäß § 10 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungsangelegenheiten vom 23. September 1919 (S. 9. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsangelegenheitenverordnung, den 20. November 1919.
Der Magistrat, Dachs. Müller.

Bekanntmachung.
Städtischer Wohnungsanweisung.
Der bisher im Büro des Haus- und Grundbesitzverwaltungsamtes Nr. 27 hierorts befindliche städtische Wohnungsanweisung ist heute mit dem städtischen Wohnungsamt am Stadthaus, Stadthaus Nr. 10, verbunden.
Unter Bezugnahme auf die Vollzugsverordnung vom 9. September 1918 sowie auf die Magistrateverordnungen vom 3. April und 22. August 1919 werden die Eigentümer von Gebäuden über ihre Verantwortlichkeiten, Inventar- und Schadenersatzverpflichtungen, die sie aus der Veräußerung ihrer Wohnungen, einzelnen Wohnräumen oder sonstigen Wohnräumen verpflichtet sind.
Die Zusammenhängungen treten gemäß § 10 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungsangelegenheiten vom 23. September 1919 (S. 9. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsangelegenheitenverordnung, den 20. November 1919.
Der Magistrat, Dachs. Müller.

Bekanntmachung.
Städtischer Wohnungsanweisung.
Der bisher im Büro des Haus- und Grundbesitzverwaltungsamtes Nr. 27 hierorts befindliche städtische Wohnungsanweisung ist heute mit dem städtischen Wohnungsamt am Stadthaus, Stadthaus Nr. 10, verbunden.
Unter Bezugnahme auf die Vollzugsverordnung vom 9. September 1918 sowie auf die Magistrateverordnungen vom 3. April und 22. August 1919 werden die Eigentümer von Gebäuden über ihre Verantwortlichkeiten, Inventar- und Schadenersatzverpflichtungen, die sie aus der Veräußerung ihrer Wohnungen, einzelnen Wohnräumen oder sonstigen Wohnräumen verpflichtet sind.
Die Zusammenhängungen treten gemäß § 10 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungsangelegenheiten vom 23. September 1919 (S. 9. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsangelegenheitenverordnung, den 20. November 1919.
Der Magistrat, Dachs. Müller.

Bekanntmachung.
Städtischer Wohnungsanweisung.
Der bisher im Büro des Haus- und Grundbesitzverwaltungsamtes Nr. 27 hierorts befindliche städtische Wohnungsanweisung ist heute mit dem städtischen Wohnungsamt am Stadthaus, Stadthaus Nr. 10, verbunden.
Unter Bezugnahme auf die Vollzugsverordnung vom 9. September 1918 sowie auf die Magistrateverordnungen vom 3. April und 22. August 1919 werden die Eigentümer von Gebäuden über ihre Verantwortlichkeiten, Inventar- und Schadenersatzverpflichtungen, die sie aus der Veräußerung ihrer Wohnungen, einzelnen Wohnräumen oder sonstigen Wohnräumen verpflichtet sind.
Die Zusammenhängungen treten gemäß § 10 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungsangelegenheiten vom 23. September 1919 (S. 9. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsangelegenheitenverordnung, den 20. November 1919.
Der Magistrat, Dachs. Müller.

Bekanntmachung.
Städtischer Wohnungsanweisung.
Der bisher im Büro des Haus- und Grundbesitzverwaltungsamtes Nr. 27 hierorts befindliche städtische Wohnungsanweisung ist heute mit dem städtischen Wohnungsamt am Stadthaus, Stadthaus Nr. 10, verbunden.
Unter Bezugnahme auf die Vollzugsverordnung vom 9. September 1918 sowie auf die Magistrateverordnungen vom 3. April und 22. August 1919 werden die Eigentümer von Gebäuden über ihre Verantwortlichkeiten, Inventar- und Schadenersatzverpflichtungen, die sie aus der Veräußerung ihrer Wohnungen, einzelnen Wohnräumen oder sonstigen Wohnräumen verpflichtet sind.
Die Zusammenhängungen treten gemäß § 10 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungsangelegenheiten vom 23. September 1919 (S. 9. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsangelegenheitenverordnung, den 20. November 1919.
Der Magistrat, Dachs. Müller.

Walhalla-Operntheater.
1/8 Uhr:
Die Faschingsfee.
Kasse 10-1/2 u. 4-6.

Stadttheater.
Pfifzner-Zyklus
unter persönlicher Leitg. d. Komponisten.
Dienstag, d. 25. Nov. 19., abends 8 Uhr:
II. Veranstaltung im Pfifzner-Zyklus: Lieder-Abend.
Solisten: Dina Mahlendorf, Konstanze Oscar Boltz, Prof. Heinrich Kiefer, Dresden (Cello).
Mittwoch, d. 26. Nov. 19., abends 7 1/2 Uhr:
III. Veranstaltung im Pfifzner-Zyklus: Erstaufführung: Das Christelheim. Spieloper.
Donnerstag, 27. Nov. 19., abends 8 Uhr:
IV. Veranstaltung im Pfifzner-Zyklus: Orchester-Konzert.
Solisten: Gerold Meinel, Dresden, Wilhelm Gutmann, Berlin.

Alle Sorten Felle, Hüte, Kleider u. Stoffe
kaufen zu Höchstpreisen
Gobr. Danglewitz,
Nähmaschine 2. Tel. 1173

Erhältliche Solchenlampen-Batterien
jeweils frisch u. geräuchert bei
M. Bartl,
Bombengeschäft, Große Steinstraße 34, Ecke Margaretenstraße.

Stalla-Gilde. Mittwoch den 26. Nov. abends 8 Uhr:
7. Abend für bessere Kunst.
(Kassen-Direktion Siegfried Kammereis) für Mitglieder 1.60 (Stat. 3.10) und 1.20 (Stat. 2.10).
Jeden weiteren Sonntag. Mitwirkende: "Clara Engelhardt", "Rud. Kautschke", "Gertr. Döhmann", "Clara Kraus", "Maria Pos-Carlson", "E. Seisner", "P. Wines-Gemeiner", "J. Sauer", "S. Schramm", "H. v. Hoenemann", "S. Küllinger", "F. Treiber", "Dr. Engel", "H. 1.60 (Stat. 3.10). "Ev. mit" 1.60 (Stat. 2.10) auf 8.22, statt 9.60 beim 18.60. Eintrittsk. 60 Pf. Der Mitglieder 1919/19 nur bei 50 Pf. nicht an der Abendkasse. St. durch jeden Mitgliede demnachst ausstehende Stadtkasse. 1919/19

Leipzigerstrasse Nr. 88
Fernruf Nr. 1224
Ellen Richter
in dem spannenden Drama in 4 Akten
Der Aberglaube
Vorführung: 4.50 7.00 9.20
Paul Heidemann
in dem tollen Lustspiel in 3 Akten
Los vom Weibe!
Vorführung: 4.10 6.20 8.30.
Die neuesten Wochenberichte.
Beginn 4 Uhr.

UT
Alte Promenade Nr. 11a.
Fernruf Nr. 5738
Paul Wegener
in dem Monumentalfilm:
„Der Galeerenstrahl“
II Teil.
Colins letzte Vorkörperung.
Phantastischer Film in 6 Akten.
Vorführung: 4.10 6.20 8.30
„Nur wer die Arbeit kennt“
Lustspiel in 1 Akt.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20
Beginn 4 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein für Mersburg - Querfurt - Weissentels.
2. Unterbezirk.
Sekretariat: Mersburg, Annenstraße 19. - Telefon 431.
Versammlungsjokal: Restaurant „Hohenzollern“, Teichstraße.
Mitglieder-Versammlung
jeden Mittwoch nach dem ersten im Monat abends 8 Uhr. ... Gäste sind willkommen.
Der Vorstand, Albert Müller.

Alle hübschen Weihnachts-Geschenke:
Wir empfehlen wir das oben erscheinende Buch von Aug. Winalg
„Frührot“
Die Schulzeit des Maureresellen.
Zum Preise v. Mk. 7.70 zu beziehen in der Buchhandlung der Volksstimme
Gr. Ulrichstrasse 27.
Bestellungen nehmen auch alle Ansträger entgegen.

Buchhandlung Volksstimme
Große Ulrichstraße 27
empfehlen:
Neue Zeit.
Wenstehofen.
Sommersche Poesie.
Wagner Musik.
Bestellungen nehmen alle Ansträger entgegen.

Licht- & Spiele
Heute und folgende Tage!
Nur für Erwachsene!
Erstaufführung:
„Lilli“.
Eine Große Stadt-Tragödie. 5 Akte.
Fernher: „Karlichen in der Sommerfrische“.
Lustspiel in 3 Akten.
Wodentags Anf. 4 Uhr.
Letzte Vorstellung Grosse Ulrichstr. 51
8 Uhr 15 Min.
Fernsprecher 4681.
Im Herzen der Stadt

Gefälschte Binder
in sehr großer Auswahl
Stück 8.50
Jeden Freitag.
Dauerhafte-Vertrieb
St. Berlin 2, 1 Kappeler
Gr. Steinstraße, 90-91

Markenfreie Kerzen
bei
M. Bartl,
Bombengeschäft
Gr. Steinstraße 34,
Ecke Margaretenstr.
Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteilosen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme“ zu beziehen.

Bekanntmachung.
Beschränkung der Räumungsklagen.
Der Deutsche Meister für Volkshochschulwesen hat am 22. November 1919 auf Grund des § 5a der Ministerialverordnung vom 12. September 1919 (S. 9. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsangelegenheitenverordnung die Magistrate zu folgender Handlung ermächtigt:
1. Klagen auf Kündigung der Wohnung zu dürfen nur mit Zustimmung des Mietelienkassensamtes angebracht werden.
2. Ohne Erlaubnis des Wohnungsamtes dürfen Wohnräume nicht durch Fremde ansetzen angeboten oder geachtet werden. Dem Vermieter muß die Erlaubnis erst erteilt werden, falls das Wohnungsmietverhältnis nicht zum Erlösche gebracht.
Diese Handlung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.
Bei Zusammenhängungen treten gemäß § 10 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsangelegenheiten vom 23. September 1919 (S. 9. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsangelegenheitenverordnung, den 20. November 1919.
Der Magistrat, Dachs. Müller.

Bekanntmachung.
Städtischer Wohnungsanweisung.
Der bisher im Büro des Haus- und Grundbesitzverwaltungsamtes Nr. 27 hierorts befindliche städtische Wohnungsanweisung ist heute mit dem städtischen Wohnungsamt am Stadthaus, Stadthaus Nr. 10, verbunden.
Unter Bezugnahme auf die Vollzugsverordnung vom 9. September 1918 sowie auf die Magistrateverordnungen vom 3. April und 22. August 1919 werden die Eigentümer von Gebäuden über ihre Verantwortlichkeiten, Inventar- und Schadenersatzverpflichtungen, die sie aus der Veräußerung ihrer Wohnungen, einzelnen Wohnräumen oder sonstigen Wohnräumen verpflichtet sind.
Die Zusammenhängungen treten gemäß § 10 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungsangelegenheiten vom 23. September 1919 (S. 9. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsangelegenheitenverordnung, den 20. November 1919.
Der Magistrat, Dachs. Müller.

Prima Pfefferminz
bei güt. Abgabe bill.
M. Bartl,
Bombengeschäft,
Gr. Steinstraße 34,
Ecke Margaretenstraße.

Bonbon
bei
M. Bartl,
Bombengeschäft,
Gr. Steinstraße 34,
Ecke Margaretenstraße.

Seife
alle Sorten
bei
M. Bartl,
Bombengeschäft,
Gr. Steinstraße 34,
Ecke Margaretenstraße.

Max Grönert
Im Alter von 31 Jahren.
Wir werden unsern braven Genossen ein ehrendes Andenken bewahren.
Delfisch, den 23. November 1919.
Sozialdemokr. Verein Delfisch.
S. P. D.

Apollo-Theater.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Mit großem Erfolg:
„Die Puppe“.
Operette v. G. Habers.
Gesellschaft Nr. 28. Delfisch. 9-1 u. 5-11.

„gebrauntes Kaffee“
jeweils frisch bei
M. Bartl,
Bombengeschäft,
Gr. Steinstraße 34,
Ecke Margaretenstraße.

Schlafstube-einrichtung
Ihre elegante Schlafstube mit allen modernen Einrichtungen, zu 550, 650, 800 - 1200 Mk., alles in großer Auswahl, dauerhaft präpariert.

Mar Jungblut
Wiedereröffnet,
Ulrichstraße 27.

Alle Sorten Seife
bei
M. Bartl,
Bombengeschäft,
Gr. Steinstraße 34,
Ecke Margaretenstraße.

Familien-Nachrichten.
Nachruf.
Am 21. d. M. ist nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Parteilosen, der Formermeister
Friedrich Bunge
im Alter von 44 Jahren durch einen langen Tod aus unseren Reihen gerissen. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der Sozialdemokr. Verein für Halle u. Saalkreis.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 25. November, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Südringhofes aus statt.
Wir fordern unsere Parteilosen und Genossen auf, sich an der Beerdigung zahlreich zu beteiligen.
Der Vorstand.

Nachruf.
Am Freitag nachmittag verschied nach kurzem, schweren Krankenlager an einem sich im Felde zusehenden Loden unser werter Genosse, der Frieseur
Max Grönert
Im Alter von 31 Jahren.
Wir werden unsern braven Genossen ein ehrendes Andenken bewahren.
Delfisch, den 23. November 1919.
Sozialdemokr. Verein Delfisch.
S. P. D.

Der Kilian-Prozess.

11. Verhandlungstag.

Nach dem Zeugnisausspruch über die Aussagen Hartungs...
11. Verhandlungstag.
Nach dem Zeugnisausspruch über die Aussagen Hartungs...

Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...
Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...

Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...
Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...

Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...
Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...

Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...
Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...

Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...
Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...

Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...
Der Zeuge Hans Hartung ist ein, das die Aussagen Hartungs...

die unter am Stadthaus landen verlesen worden war. Schon...
die unter am Stadthaus landen verlesen worden war. Schon...

Schmidt schied sich nach anfänglich seine Zeugen in seinen...
Schmidt schied sich nach anfänglich seine Zeugen in seinen...

Kilian behauptet von einem gewissen Gerold gehört zu...
Kilian behauptet von einem gewissen Gerold gehört zu...

Das Gericht beschließt die Vernehmung des Zeugen Gerold...
Das Gericht beschließt die Vernehmung des Zeugen Gerold...

Der Verhandlungstag wird am Montag verlesen.
Der Verhandlungstag wird am Montag verlesen.

Halbe und Gaalkreis.

Halbe, 24. November 1919.

Achtung! Vorstand und Präseminion.
Achtung! Vorstand und Präseminion.

Präseminionsfassung
Präseminionsfassung

Neberturnus der 6. P.
Neberturnus der 6. P.

Den Toten zum Gedächtnis.
Den Toten zum Gedächtnis.

Der Totenjugtag ist vorüber. Am tiefen...
Der Totenjugtag ist vorüber. Am tiefen...

Kleines Feuilleton.

Die Schwärmer.

Ohne Begeisterung gelang nichts Großes und Gutes...
Ohne Begeisterung gelang nichts Großes und Gutes...

Herder (Briefe zur Beförderung der Humanität).

C. v. Eybow: Expressivität der Kunst und Kultur.
C. v. Eybow: Expressivität der Kunst und Kultur...

gehen. Allerdings ist es nicht möglich gemein, die unpraktisch...
gehen. Allerdings ist es nicht möglich gemein, die unpraktisch...

statt, sondern auch in den Dürren. Manches schlichte...
statt, sondern auch in den Dürren. Manches schlichte...

Die Hausbesitzer und die Volksnot.
Die Hausbesitzer und die Volksnot.

Volksbildungs-Verein.
Volksbildungs-Verein.

* Nikolai und Volkstanz.
*Nikolai und Volkstanz.



und ferner auf die praktische Bauteilfertigung und die dadurch eine Verknüpfung der Wohnbauten in der allerschönsten Form herbeiführen.

Wie leicht es jedermann, die armen Hausbesitzer geben ebenfalls zu Grunde. Unter den Distriktsleitern, die in der letzten Zeit zum Vorschein gekommen sind, ist die Besetzung von Spillins. Dieser „Kollisionsfall“, magte der pers. Regierung im letzten Besonderen die letzten bekannten „Nationalen“ Konfrontation. Seinem „Republikaner“ waren die bekannten Konfrontationen, die von der Zeit, die er mit der letzten Zeit zum Vorschein gekommen sind, in die Besetzung von Spillins. Dieser „Kollisionsfall“, magte der pers. Regierung im letzten Besonderen die letzten bekannten „Nationalen“ Konfrontation. Seinem „Republikaner“ waren die bekannten Konfrontationen, die von der Zeit, die er mit der letzten Zeit zum Vorschein gekommen sind, in die Besetzung von Spillins. Dieser „Kollisionsfall“, magte der pers. Regierung im letzten Besonderen die letzten bekannten „Nationalen“ Konfrontation.

Die Kinder, welche am 10. November mit dem Transport aus der Schweiz zurückgekommen sind, sollen hier am Mittwoch, den 20. November, ohne Eltern mit Gesundheitszeugen dem Stadtb. Schulrat vorgelegt. Weitere Angaben über die Art der Unternehmung ergeht an die Schulen.

Die Kinder, welche am 10. November mit dem Transport aus der Schweiz zurückgekommen sind, sollen hier am Mittwoch, den 20. November, ohne Eltern mit Gesundheitszeugen dem Stadtb. Schulrat vorgelegt. Weitere Angaben über die Art der Unternehmung ergeht an die Schulen.

Die Kinder, welche am 10. November mit dem Transport aus der Schweiz zurückgekommen sind, sollen hier am Mittwoch, den 20. November, ohne Eltern mit Gesundheitszeugen dem Stadtb. Schulrat vorgelegt. Weitere Angaben über die Art der Unternehmung ergeht an die Schulen.

Die Kinder, welche am 10. November mit dem Transport aus der Schweiz zurückgekommen sind, sollen hier am Mittwoch, den 20. November, ohne Eltern mit Gesundheitszeugen dem Stadtb. Schulrat vorgelegt. Weitere Angaben über die Art der Unternehmung ergeht an die Schulen.

Die Kinder, welche am 10. November mit dem Transport aus der Schweiz zurückgekommen sind, sollen hier am Mittwoch, den 20. November, ohne Eltern mit Gesundheitszeugen dem Stadtb. Schulrat vorgelegt. Weitere Angaben über die Art der Unternehmung ergeht an die Schulen.

Die Kinder, welche am 10. November mit dem Transport aus der Schweiz zurückgekommen sind, sollen hier am Mittwoch, den 20. November, ohne Eltern mit Gesundheitszeugen dem Stadtb. Schulrat vorgelegt. Weitere Angaben über die Art der Unternehmung ergeht an die Schulen.

Die Kinder, welche am 10. November mit dem Transport aus der Schweiz zurückgekommen sind, sollen hier am Mittwoch, den 20. November, ohne Eltern mit Gesundheitszeugen dem Stadtb. Schulrat vorgelegt. Weitere Angaben über die Art der Unternehmung ergeht an die Schulen.

Die Kinder, welche am 10. November mit dem Transport aus der Schweiz zurückgekommen sind, sollen hier am Mittwoch, den 20. November, ohne Eltern mit Gesundheitszeugen dem Stadtb. Schulrat vorgelegt. Weitere Angaben über die Art der Unternehmung ergeht an die Schulen.

Die Kinder, welche am 10. November mit dem Transport aus der Schweiz zurückgekommen sind, sollen hier am Mittwoch, den 20. November, ohne Eltern mit Gesundheitszeugen dem Stadtb. Schulrat vorgelegt. Weitere Angaben über die Art der Unternehmung ergeht an die Schulen.

Die Kinder, welche am 10. November mit dem Transport aus der Schweiz zurückgekommen sind, sollen hier am Mittwoch, den 20. November, ohne Eltern mit Gesundheitszeugen dem Stadtb. Schulrat vorgelegt. Weitere Angaben über die Art der Unternehmung ergeht an die Schulen.

Die Kinder, welche am 10. November mit dem Transport aus der Schweiz zurückgekommen sind, sollen hier am Mittwoch, den 20. November, ohne Eltern mit Gesundheitszeugen dem Stadtb. Schulrat vorgelegt. Weitere Angaben über die Art der Unternehmung ergeht an die Schulen.

Bei einem ...

Bei einem ...

Aus aller Welt.

Berlin. Der erste sozialdemokratische Parteitag ...

Berlin. Der erste sozialdemokratische Parteitag ...

Berlin. Der erste sozialdemokratische Parteitag ...

Gemeindefachliches.

Der gräfliche Bund. Die Verbandsvorstände der vier graphischen Verbände ...

Die Organisationen der Buchdrucker, Lithographen ...

Als Vorbereitungen zur Erreichung dieses Zweckes ...

Als besondere Aufgabe bezeichnen die beteiligten Organisationen ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Herr Dähnmann als Arbeitgeber. Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ...

Aus der Provinz.

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...

Verdachts. Stadtbürgermeisterliche bei den ...